

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 24. Jänner 2022; Bericht

Am 24. Jänner 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Syrien, Libyen und Europäische Sicherheitslage.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, die Themen Mali, Sudan, Indopazifik, Iran/JCPOA, Bosnien und Herzegowina sowie Belarus angesprochen.

Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten habe ich in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Syrien Unterstützung für den VN-Sondergesandten für Syrien, Geir Pedersen, und dessen „*Steps-for-Steps*“-Ansatz zum Ausdruck gebracht. Unter Verweis auf meine Reise in den Libanon von 10. bis 12. Jänner, habe ich außerdem die Flüchtlingssituation hervorgehoben, welche die krisenhafte Situation im Land weiter zu verschärfen droht.

Zum Tagesordnungspunkt Libyen erläuterte HV/VP Josep Borrell, dass es keine positiven Aussichten auf baldige Wahlen gebe. Die EU müsse nun ein Umfeld schaffen, das Wahlen zuträglich sei, und den VN-Prozess unterstützen. Positiv sei, dass durch den Waffenstillstand von 2020 die Gewalt drastisch abgenommen habe. Auch hinsichtlich der Auswirkungen auf irreguläre Migration sei die Stabilität Libyens von Bedeutung. Die EU-Mitgliedstaaten betonten die Notwendigkeit des Abzugs von Söldnern und ausländischen Kräften sowie eine baldige Durchführung der verschobenen Wahlen vom Dezember 2021.

Zum Tagesordnungspunkt Europäische Sicherheitslage habe ich die Notwendigkeit betont, dem russischen Opfernarrativ entgegenzutreten. Russland werde weder von der Ukraine, noch von der EU oder NATO bedroht. Die EU müsse darauf bestehen, dass Russland sich an seine internationalen Verpflichtungen halte. Gleichzeitig müsse die EU Bereitschaft für einen fortgesetzten Dialog signalisieren, v.a. zu den Themen Rüstungskontrolle, Transparenz und Vorhersehbarkeit von Militärübungen sowie vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der OSZE. Sanktionen würden beide Seiten treffen, jedoch sollten diese so gestaltet werden, dass Russland, das die Krise herbeigeführt hat, stärker getroffen werde als die EU-Mitgliedstaaten. Reisen von EU-Außenminister*innen in die Ukraine – wie die gemeinsame Reise mit meinen tschechischen und slowakischen Amtskollegen am 7. und 8. Februar nach Kyjiw – würden ein starkes Signal der Solidarität mit der Ukraine darstellen.

Unter Sonstiges verwies der slowakische Außenminister Ivan Korčok auf ein gemeinsam mit Tschechien, Estland, Finnland, Litauen, Niederlande und Schweden an HV/VP Josep Borrell und den französischen Ratsvorsitz gerichtetes Schreiben, in welchem EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Korruption gefordert werden. HV/VP kündigte die Aufnahme von Diskussionen in den relevanten Ratsarbeitsgruppen an.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU in den VN-Menschenrechtsgremien im Jahr 2022 sowie zu VN-EU strategischen Partnerschaftsprioritäten zu Friedensmissionen und Krisenmanagement für 2022-2024 an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. Juni 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister